

- 1 **37. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz**
- 2 **Dresden, 07.-09. Februar 2014**

3 Beschluss (vorläufig)

4 **D. VERANTWORTUNG FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT**

5 Wir wollen eine Europäische Union, die sich weltweit für Frieden, **soziale Gerechtigkeit und Kli-**
6 **maschutz** einsetzt. Mit vereinten Kräften kann es gelingen, unsere Lebensweise nachhaltiger zu
7 gestalten, Abrüstung voranzubringen, die Menschenrechte zu stärken und Hunger und Armut
8 zu bekämpfen. Die EU wird in einer durch neue Herausforderungen und neue Kraftzentren ge-
9 prägten Welt besser gehört, wenn sie gemeinsam handelt und auf andere Staaten zugeht.

10 Die EU bekennt sich in ihren Verträgen zu einer wertegebundenen internationalen Politik. Doch
11 der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist eklatant. Die EU will Frieden fördern
12 und gehört doch zu den größten Waffenlieferanten. Ihre Entwicklungszusammenarbeit be-
13 kämpft Hunger und Armut, doch zugleich zerstört ihre Agrarpolitik die Lebensgrundlage vieler
14 Menschen außerhalb der EU. Europa bekennt sich zu den Menschenrechten, doch an den Au-
15 ßengrenzen sterben unzählige Flüchtlinge. Die Mitgliedstaaten der EU sind bei vielen außen-
16 und sicherheitspolitischen Themen gespalten und finden zu keiner gemeinsamen Politik. Wir
17 möchten dazu beitragen, diese Widersprüche zu überwinden.

18 Wir wollen die EU als Zivilmacht, die sich für Abrüstung einsetzt und deren Mitgliedstaaten kei-
19 ne Waffen an Diktaturen und in Krisengebiete liefern. Wir treten ein für das Gewaltmonopol der
20 Vereinten Nationen (VN). Unsere friedenspolitischen Grundüberzeugungen gründen sich auf
21 der Stärkung des Rechts statt auf dem Recht der Stärkeren. Unser Kompass sind Frieden, Demo-
22 kratie und **die Menschenrechte**. Diesen Zielen zu folgen, bedeutet der Europäischen Verantwor-
23 tung für eine solidarische Welt gerecht zu werden.

24 Die Klima-, Hunger- und Finanzkrise machen deutlich, welche fatalen Auswirkungen Märkte
25 ohne Leitplanken und ein allein am Profit ausgerichtetes Wirtschaftssystem haben. Wir brau-
26 chen Regeln für die Wirtschaft und eine EU, die sich für eine Stärkung der Menschenrechte und
27 eine ambitionierte Entwicklungszusammenarbeit einsetzt. Es ist eine Frage von Solidarität und
28 Gerechtigkeit, international für Klima- und Umweltschutz zu streiten. Die Verschmutzung und
29 Zerstörung unserer Umwelt bedeutet die Vernichtung von Lebensgrundlagen und Gesundheit.
30 Dies trifft arme Menschen und Länder am härtesten. Wir wollen die EU **erneuern**, um diesen
31 Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Die EU ist unsere Antwort auf die Frage nach einer ge-
32 rechten Gestaltung der Globalisierung.

33 Die Europäische Union war und ist als Friedensprojekt nach innen erfolgreich. Nach den bluti-
34 gen Kriegen im ehemaligen Jugoslawien bietet sie heute den Menschen dort eine Perspektive, in
35 Frieden und Freiheit zu leben. Daher ist die EU gefordert, an einer Erweiterungsperspektive für
36 weitere Staaten, einschließlich der Länder der Östlichen Partnerschaft, festzuhalten, wenn sie
37 die Entwicklung von Demokratie, Menschenrechten und guten ökologischen und sozialen Stan-
38 dards in ihrer Nachbarschaft voranbringen möchte. Die Erweiterung ist ein Beitrag dazu, **Europa**
39 **zusammenzuhalten**.

40 Entscheidungen in der Handelspolitik haben weitreichende Auswirkungen in Europa und in der
41 Welt. Wir wollen die Handelspolitik aus ihrem Hinterzimmer holen, damit die Parlamente und
42 die Bürgerinnen und Bürger **mitentscheiden** können, ob Genfood oder Chlorhühner wirklich
43 ohne Einschränkungen importiert werden sollen.

44 Wir sind in Europa zu Hause, und wir wollen gute Nachbarn sein. Das betrifft sowohl die Länder
45 im Osten Europas als auch die Staaten des südlichen Mittelmeeres. Doch gegenüber vielen
46 Menschen tritt die EU nicht als guter Nachbar,
47 sondern als schwerbewaffneter Grenzpolizist auf. Die Leidtragenden
48 sind Menschen, die Schutz vor Verfolgung suchen. Es bedarf gefahrenfreier und legaler Einrei-
49 semöglichkeiten, damit Menschen nicht auf lebensgefährliche Fluchtwege gedrängt werden.
50 Ebenso wollen wir die Situation der Menschen vor Ort verbessern und so Ursachen für Flucht
51 bekämpfen.

52 GRÜN macht den Unterschied: Wir haben in der Handels- und Entwicklungspolitik wichtige Er-
53 folge erreicht. Das Europäische Parlament fordert auf unsere Initiative hin endlich verbindliche
54 Sozial- und Mindeststandards in Handelsabkommen sowie überprüfbare Menschenrechtsklaus-
55 seln. Im Europäischen Auswärtigen Dienst haben wir eine Menschenrechtsbeauftragte durchge-
56 setzt und die zivile Konfliktbearbeitung gestärkt.

57 D.1. GEMEINSAM FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT

58 **D.1.1 Europäische Entwicklungszusammenarbeit voranbringen**

59 Die grüne Zielsetzung ist klar: Wir kämpfen gegen Strukturen, die zu globaler Ungleichheit, Dis-
60 kriminierung, Hunger, Armut und verantwortungsloser Umweltzerstörung führen. Auf dem
61 Weg dahin brauchen wir eine bessere Entwicklungszusammenarbeit.

62 Gegenwärtige Weichenstellungen in der europäischen Agrar-, Handels-, Migrations- und Res-
63 sourcenpolitik laufen den Zielen einer globalen nachhaltigen Entwicklung zuwider. Um zu ver-
64 hindern, dass europäisches Milchpulver die Produktion für Milchprodukte auf Jamaika zerstört
65 und Gensojaanbau für europäische Massentierhaltung Kleinbauern in Südamerika von ihrem
66 Land vertreibt, brauchen wir ein kohärentes Handeln der EU. Wir fordern dazu verbindliche so-
67 zial-ökologische und menschenrechtliche Folgenabschätzungen. Wir streben außerdem an, eine
68 EU-Beschwerdestelle einzurichten, die auch Menschen außerhalb der EU anrufen können, wenn
69 europäische Politiken und in Europa ansässige Unternehmen sowie deren Tochterunternehmen
70 und Zulieferer bei ihnen Schaden anrichten. Eine gerechtere Welt erfordert auch durchgreifende
71 Reformen vor Ort.. Viele dieser Reformen müssen diese Länder selber angehen, aber sie dürfen
72 nicht durch eine fehlgeleitete deutsche oder europäische Politik unterminiert werden. Zum Bei-
73 spiel hat auch die internationale Drogenpolitik nicht nur eine sicherheits- und gesundheitspoliti-
74 sche Dimension, sie hat auch Auswirkungen auf Entwicklungs- und Friedenspolitik. Eine allein
75 auf Repression setzende Verbotspolitik konterkariert auch die Bemühungen der europäischen
76 Entwicklungszusammenarbeit.

77 Wir wollen die europäische Entwicklungszusammenarbeit zu einem Kooperationsinstrument für
78 die Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen entwickeln. Verantwortli-
79 ches Handeln innerhalb der EU muss einhergehen mit einem nachhaltigen Entwicklungspfad für
80 alle Länder. Nur so erreichen wir eine weltweite angemessene Angleichung von Lebensstan-
81 dards und Ressourcenverbrauch. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit im Zen-
82 trum der zukünftigen Entwicklungsziele der VN stehen wird. Erfolgreiche Entwicklungszusam-
83 menarbeit verlangt stärkere Mitbestimmung und Kooperation. Die sogenannten „neuen Geber“
84 sollten nicht als Konkurrenten, sondern als Partner für die globale Entwicklung wahrgenommen
85 werden. Entwicklungszusammenarbeit gelingt nur, wenn auch die Frauen aktiv in die Entwick-
86 lung und Gestaltung des Landes einbezogen werden. Das setzt die Durchsetzung von Frauen-

87 rechten und das aktive Empowerment von Frauen voraus. Projekte der Entwicklungszusammen-
88 arbeit müssen nach den Prinzipien des Gender Mainstreaming entwickelt und realisiert werden.

89 Wir begrüßen den großen Anteil von Budgethilfe an der EU-Entwicklungszusammenarbeit; sie
90 muss aber mit einer Stärkung der Rechnungshöfe und Parlamente in den Empfängerländern
91 einhergehen. In den meisten Ländern der Welt klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer
92 stärker auseinander. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass Wirtschaftswachstum
93 nicht per se nachhaltig ist und auch nicht zu sozialer Gerechtigkeit führt. Darum setzen wir ver-
94 stärkt auf den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen und auf die Etablierung von funktionie-
95 renden Steuersystemen, um die Länder mehr und mehr in die Lage zu versetzen, öffentliche
96 Güter aus eigener Kraft zur Verfügung zu stellen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zu einer
97 Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts bis 2015
98 verpflichtet. Doch die Umsetzung hinkt den Versprechen weit hinterher. Einzelne Mitgliedstaa-
99 ten kürzen sogar die Gelder, und im Finanzplan der EU bis 2020 ist keine Erhöhung vorgesehen.
100 Statt beschönigender Worte brauchen wir verbindliche überprüfbare Zwischenschritte um das
101 0,7-Prozentziel in der EU schnellstmöglich erreichen zu können. Die wirtschaftlich starken Län-
102 der der EU stehen hier besonders in der Pflicht und müssen gemeinsam voran gehen. Interna-
103 tionale Zusagen müssen eingehalten werden.

104 Wir unterstützen die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit der EU, die Erfahrungen der Mit-
105 gliedstaaten zu bündeln, die Abstimmung untereinander zu erhöhen und Dopplungen zu ver-
106 hindern. Hier ist aber noch viel Raum für Verbesserung. Die EU muss viel stärker koordinieren.
107 Eine Chance bietet die gemeinschaftliche Gestaltung einer neuen Agenda für global nachhaltige
108 Entwicklung, die nach 2015 die Millenniumsentwicklungsziele und Ziele für nachhaltige Ent-
109 wicklung in einem kohärenten Politikrahmen zusammenführen soll. Mittelfristig wollen wir eine
110 Vergemeinschaftung der Entwicklungszusammenarbeit.

111 Schon seit Jahrzehnten leiden etliche Länder des globalen Südens unter einer nicht tragfähigen
112 Schuldenlast, die durch die globale Finanzkrise noch verschärft wurde. Trotz zahlreicher Ent-
113 schuldungsinitiativen sind viele dieser Länder nach wie vor von Schuldenkrisen bedroht. Dabei
114 spielen auch neue staatliche und private Gläubiger eine zunehmende Rolle. Wir fordern Schul-
115 denschnitte für die ärmsten Staaten, damit diese ihre Verschuldung schnell auf ein nachhaltiges
116 Maß reduzieren können. Außerdem wollen wir Steuerbehörden vor Ort stärken, einen globalen
117 Finanzausgleich diskutieren und einen Insolvenzmechanismus für Staaten entwickeln.

118 **D.1.2 Menschenrecht auf Ernährung garantieren**

119 Jeder siebte Mensch hungert, und das, obwohl weltweit ausreichend Nahrung vorhanden ist.
120 Wir haben die Verantwortung, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen und das Menschenrecht
121 auf Ernährung zu garantieren. Wir setzen uns dafür ein, dass das Menschenrecht auf Wasser für
122 alle Menschen umgesetzt wird.

123 Wir setzen uns in der EU und über sie hinaus dafür ein, dass bei der Humanitären Hilfe die Prin-
124 zipien Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität auch in der Zukunft
125 handlungsleitend bleiben. Wir bekennen uns klar zum "Europäischen Konsens zur humanitären
126 Hilfe" und fordern, dass dieser durch die Mitgliedsstaaten besser umgesetzt wird. Im Hinblick
127 auf die Folgen des Klimawandels setzen wir uns dafür ein, dass die Katastrophenvorsorge ge-
128 stärkt und enger mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt wird.

129 Landwirtschaft muss in der Entwicklungszusammenarbeit eine größere Rolle spielen. Viele Län-
130 der wurden zur Liberalisierung ihrer Agrarpolitik gezwungen, mit verheerenden Folgen. Bäue-
131 rInnen finden kein Auskommen mehr. Sie können nicht mit den Weltmarkt-Preisen konkurrie-
132 ren, und die Länder bleiben von Nahrungsmittelimporten abhängig. Die EU-Politik zementiert
133 Strukturen, die unsere Agrarmärkte vor Konkurrenz abschotten und gleichzeitig europäische,

134 hoch subventionierte Überschüsse auf den Weltmarkt werfen. Wir GRÜNE setzen uns für eine
135 Agrarpolitik ein, die auch unsere Partnerländer im Blick hat. Konkret bedeutet das zum Beispiel,
136 die EU-Exportsubventionen abzuschaffen und die EU-Agrarpolitik so zu gestalten, dass durch
137 Dumpingkreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden." Für
138 den Export bestimmte Lebensmittel dürfen nicht unterhalb des Weltmarktpreises verkauft wer-
139 den. Subventionen, die zu einem Absinken der Weltmarktpreise unter die Produktionskosten
140 führen, gehören abgeschafft. Bei Handelsabkommen muss es für Entwicklungsländer Schutz-
141 klauseln für Agrarprodukte geben; das Menschenrecht auf Ernährung muss ein Grundsatz in
142 Handelsabkommen sein. Es geht nicht darum, dass die EU die Welt ernährt, sondern dass sich
143 die Bevölkerung in armen Staaten selbst ernähren kann. Agrosprit verdrängt die Produktion von
144 Nahrungsmitteln, etabliert Monokulturen und beschleunigt die Abholzung von Regenwald. Die
145 EU muss ihre Agrospritziele abbauen. In Ländern wie Kambodscha ist bereits die Hälfte des
146 fruchtbaren Landes an ausländische Investoren vergeben. Dieser Ausverkauf (Landgrabbing)
147 geht einher mit einer Vertreibung der Bevölkerung. Wir wollen die sofortige und vollständige
148 Umsetzung der "Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und
149 Landnutzungsrechten-, Fischgründen und Wäldern" der Vereinten Nationen: Europäische Un-
150 ternehmen müssen daran gehindert werden, in anderen Ländern Menschenrechte wie das
151 Recht auf Nahrung zu verletzen. Der Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir mit strengen
152 Regeln entgegenzutreten. Europäische Entwicklungszusammenarbeit darf Gentechnik weder di-
153 rekt noch indirekt unterstützen, da diese oft die Bäuerinnen und Bauern in die Abhängigkeit von
154 Saatgutkonzernen bringt und kein wirksames Mittel gegen den Hunger ist. Stattdessen müssen
155 ökologische Anbaumethoden stärker befördert werden.

156 85 Prozent der weltweiten Fischbestände sind überfischt, dabei trägt Fisch in vielen Ländern in
157 hohem Maß zur Ernährungssicherheit bei. Mit Hilfe der EU-Fischereiabkommen haben europäi-
158 sche Fangschiffe Zugang zu Fischgründen in anderen Ländern. Die Achtung der Menschenrech-
159 te sowie ökologischer Kriterien muss in den Abkommen verankert werden. Vor Abschluss eines
160 Abkommens muss nachgewiesen werden, dass keine Überfischung verursacht wird.

161 **D. 1.3 Mit Energie für Klima- und Umweltschutz**

162 Wir wollen eine Welt mit sauberen Flüssen und Meeren und gesunden Wäldern. Wir wollen
163 eine Zukunft, in der die Klimakatastrophe ausbleibt. Wir wollen eine Welt, in der kein Mensch
164 Angst haben muss vor Atomunfällen oder Kohlestaub, der die Gesundheit ruiniert. Dies ist auch
165 eine Frage von Solidarität und Gerechtigkeit, denn die Umweltzerstörung trifft arme Menschen
166 und Länder am stärksten.

167 Die Energieversorgung der Zukunft baut auf Sonne, Wind und Wasserkraft, auf Effizienz sowie
168 auf eine Einsparung des Energieverbrauchs. Hierfür muss sich die EU international starkmachen
169 und als Vorreiterin zum Mitmachen bewegen.

170 Aber nur wer glaubwürdig handelt kann überzeugen. Deshalb muss die EU selbst mit dem Kli-
171 maschutz Ernst machen und alle Zusagen aus den internationalen Klimaverhandlungen erfüllen.
172 Umso wirkungsvoller kann die EU dann 2015 auf ein verbindliches und gerechtes VN-Klima-
173 schutzabkommen drängen. Wir wollen Klima-Clubs mit Pionieren, die durch ambitionierte Ziele
174 und Politiken aufzeigen, wie man klimafreundlich wirtschaftet. So können wir neue Dynamik in
175 die internationalen Klimaverhandlungen bringen. Wir kämpfen dafür, die globale Erwärmung
176 auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Zudem bedarf es einer rechtlichen Verankerung des
177 Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlings in der EU und weltweit.

178 Wir streben global eine gerechtere Verteilung von Klimaschutzaufgaben und langfristig gleiche
179 Emissionsrechte pro Kopf an. Finanzzusagen der EU-Mitgliedstaaten sind im Interesse der ge-
180 samteuropäischen Glaubwürdigkeit transparent und ohne Hintertür-Rechentricks zu erfüllen.
181 Die Europäische Union muss zur Vorreiterin werden und für einen verbindlichen Steigerungsplan

182 für die internationale Klimafinanzierung bis 2020 eintreten. Die ab 2020 jährlich zugesagten
183 100 Milliarden Euro für Klimaanpassungen müssen bereitgestellt werden. Entsprechend setzen
184 wir uns dafür ein, den Green Climate Fonds mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Wir
185 wollen, dass Europa seine Zusagen einhält und seinen Beitrag zu den weltweit notwendigen 100
186 Mrd. Dollar leistet.

187 Erneuerbare Energien sind auf der Erfolgsstraße. Denn sie sind sicher, sauber und fördern den
188 Frieden. Wir wollen sie global ausbauen und fördern. Alle Menschen sollen Zugang zu Energie-
189 versorgung haben. Umweltschädliche Subventionen stellen die tatsächlichen Kosten der Ener-
190 gieversorgung verzerrt dar. Daher sind sie in der EU und global schrittweise abzubauen. Durch
191 Abbau dieser Subventionen würden die realen Kosten der klimaschädlichen CO₂-intensiven
192 Energieträger wie Kohle, Öl und Gas in den Preisen widerspiegelt. Dadurch könnten fast 6
193 Prozent der globalen CO₂-Emissionen eingespart werden. Auch mit einem verstärkten Engage-
194 ment bei der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien kann die EU einen sinnvollen
195 Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten. Bei der Energieversorgung steht für uns die Sicherheit
196 für Menschen und Umwelt an erster Stelle. Katastrophen wie Tschernobyl und Fukushima ha-
197 ben gezeigt, dass die Gefahren der Atomenergie grenzüberschreitend sind und darauf hinge-
198 wirkt werden muss, aus dieser Technologie zügig weltweit auszusteigen. Wir treten ebenso ein
199 gegen die Förderung fossiler Energieträger durch das umstrittene Fracking, das weltweit die Le-
200 bensgrundlagen vieler Menschen und künftiger Generationen bedroht und mit den wichtigen
201 Zielen des Klimaschutzes und der Energiewende nicht vereinbar ist.

202 Wir fordern ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten, um die biologische Vielfalt der
203 Ozeane und die Schätze der Tiefsee zu schützen. Wir unterstützen das Ziel, im Rahmen des
204 Übereinkommens über die biologische Vielfalt bis 2020 mindestens zehn Prozent der Ozeane
205 als Meeresschutzgebiete auszuweisen. Wir setzen uns gegen den hemmungslosen Abbau von
206 Rohstoffen in der Tiefsee, in der Arktis und an Land ein, um einmalige und weitgehend unbe-
207 rührte Lebensräume zu erhalten.

208 Der Plünderung von Urwäldern und Wildtierbeständen muss Einhalt geboten werden. Wälder,
209 insbesondere Regenwälder, müssen geschützt werden. Sie sind Lebensraum für Menschen, ein-
210 zigartige Tiere und Pflanzen und entscheidend für den Klimaschutz. Schwellen- und Entwick-
211 lungsländer müssen wir hierbei besser unterstützen. Internationale Finanzierungsmechanismen
212 benötigen starke ökologische und soziale Leitplanken, auch um die Menschenrechte und die
213 Rechte indigener Völker zu stärken.

214 Wegen der Bedeutung und der mangelnden Umsetzung des globalen Umweltschutzes muss das
215 Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer eigenständigen Organisation fortentwickelt
216 werden.

217 **D.1.4 Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

218 Wir setzen uns für eine Weltwirtschaftsordnung ein, die ökologische und soziale Notwendigkei-
219 ten nicht länger ignoriert, sondern in die Lenkung von wirtschaftlichem Handeln mit einbezieht.
220 Ohne eine Stärkung der VN sind die globalen Herausforderungen nicht zu bewältigen. Bestre-
221 bungen durch Staatenclubs wie die G20, die Weltgemeinschaft zu umgehen, erteilen wir eine
222 Absage. Entscheidungen von globaler Tragweite gehören unter das Dach der VN. In einer ech-
223 ten globalen Partnerschaft sollten nicht nur die wirtschaftlich stärksten Staaten entscheiden. Die
224 Mehrheit der Weltbevölkerung muss auch in der Weltbank und im Internationalen Währungs-
225 fonds angemessen vertreten sein.

226 Die Welthandelsorganisation (WTO) ist blockiert. Die EU-Kommission treibt jedoch ihre Liberali-
227 sierungsagenda außerhalb internationaler Foren voran. Bilaterale Freihandelsabkommen sprie-
228 ßen wie Wildwuchs aus dem Boden. Diese Entwicklung schwächt die Verhandlungsposition der

229 ärmeren Länder und läuft einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zuwider. Wir stehen für eine
230 weitreichende Reform der WTO und der internationalen Welthandelsordnung. Das beinhaltet
231 eine konsequente Ausrichtung an Menschenrechten, Umweltschutz und nachhaltiger Entwick-
232 lung sowie mehr Transparenz und Beteiligung von Parlamenten und der Zivilgesellschaft bei den
233 Verhandlungen. Es muss ein Moratorium für neue Themen geben, die auf die Liberalisierungsa-
234 genda der WTO gesetzt werden; das betrifft z.B. öffentliche Beschaffung und öffentliche
235 Dienstleistungen. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und
236 des Pazifiks dürfen nicht durch falsche Liberalisierungsvorstellungen der EU geprägt werden.
237 Durch den Abbau von Zöllen und anderen Importschranken werden die ohnehin geringen
238 Staatseinnahmen der AKP-Staaten erheblich reduziert und die heimischen Industrien, das Hand-
239 werk und die Märkte mit Billigimporten aus der EU noch stärker belastet als bisher. Die EU will
240 Zölle auf die Importe aus AKP-Staaten anheben, wenn sie die Handelsabkommen nicht unter-
241 zeichnen. Diese Erpressung lehnen wir ab.

242 Die EU-Handelspolitik wird geleitet von einem überholten Wachstumsbegriff und kurzfristigen
243 Wirtschaftsinteressen. Wir fordern verbindliche Nachhaltigkeitsklauseln in den Abkommen, so-
244 zial-ökologische und menschenrechtliche Folgenabschätzungen vor Aufnahme von Verhandlung-
245 gen sowie nach deren Abschluss periodische Überprüfungen ihrer Konsequenzen. Faire Abkom-
246 men wahren die Menschenrechte und fördern eine nachhaltige Entwicklung, nehmen Länder
247 des globalen Südens nicht die Macht zur Regulierung und erkennen legitime Schutzinteressen
248 an.

249 Wir GRÜNE fordern mehr Transparenz und mehr parlamentarische Mitbestimmung in der EU-
250 Handelspolitik, die bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet und bei der die Parla-
251 mente nur Zaungäste sind.

252 Freihandelsabkommen bergen die Gefahr der Ausweitung von Investor-Staats-Klagen. Diese er-
253 mächtigen Unternehmen, auf schwammigen Rechtsgrundlagen und unter Umgehung der na-
254 tionalen Rechtssysteme Staaten auf hohe Entschädigungsnummern zu verklagen, wenn diese
255 demokratisch legitimierte Entscheidungen treffen. So wurde Argentinien von einem Unterneh-
256 men verklagt, weil der Staat nach der Krise die Preise für Wasser senkte, oder Deutschland von
257 Vattenfall, weil es den Atomausstieg beschlossen hat. Die Verfahren finden vor intransparenten
258 internationalen Schiedsgerichten statt, die in der Regel zugunsten der InvestorInnen entschei-
259 den. Schon die Androhung eines solchen Verfahrens sorgt deshalb häufig dafür, dass Staaten
260 Gesetze nicht oder nur aufgeweicht erlassen. Wir sprechen uns deshalb gegen die Aufnahme
261 solcher Investor-Staats-Klagen in Handelsabkommen aus.

262 Der laufende Verhandlungsprozess zum Handelsabkommen zwischen der EU und den USA
263 (TTIP) ist völlig intransparent. Die Verhandlungen werden derzeit unter Ausschluss der
264 Öffentlichkeit geführt, die nationalen Parlamente sowie insbesondere das Europäische
265 Parlament sind nicht ausreichend eingebunden. Bei einem Abkommen, das so weitreichende
266 Folgen hat, ist das nicht hinnehmbar.

267 Freihandel kann die friedliche Zusammenarbeit und Wohlstand befördern, wenn er in starke
268 ökologische und soziale Leitplanken eingebettet ist. So birgt das geplante Abkommen – ebenso
269 wie das zwischen der EU und Kanada (CETA) – sehr große Risiken. Wichtige Standards, für die
270 auf der Straße und in den Parlamenten lange gekämpft wurde, könnten durch ein solches
271 Abkommen ausgehebelt werden – vom europäischen Verbraucher- und Umweltschutz bis hin
272 zur Finanzmarktregulierung in den USA.

273 Zusammen mit VerbraucherInnenschutzorganisationen und NGOs auf beiden Seiten des
274 Atlantiks warnen wir deshalb vor der Verschlechterung von Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-,
275 Gesundheits- und Datenschutzstandards sowie der Verbraucherrechte. Wir haben bereits im

276 Sommer 2013 klare Kriterien und Mindestanforderungen an das Verhandlungsmandat der
277 Europäischen Kommission formuliert: Chlorhühnchen, Hormonfleisch und Gentechnik im Essen
278 haben auf dem EU-Markt nichts verloren. Das Chemikalienrecht darf nicht durch die
279 Anerkennung schwächerer US-Regelungen unterwandert werden. Das Vorsorgeprinzip hat für
280 uns Vorrang vor den Interessen von Investoren. Auch darf ein solches Abkommen nicht dazu
281 führen, Fracking in Europa zu ermöglichen. Wir wollen nicht, dass sich durch das Abkommen
282 der Zugang zu Gesundheitsleistungen und die Patientensicherheit verschlechtern.
283 Datenschutzstandards wollen wir aus- statt abbauen, Finanzdienstleistungen dürfen nicht
284 dereguliert werden. Eine Monopolisierung von Rechten geistigen Eigentums oder Biopatente
285 wollen wir nicht, ebenso wenig wie eine Aushöhlung der demokratischen
286 Entscheidungsprozesse durch Investor-Staat-Klagen. Die öffentlichen Dienstleistungen wie
287 insbesondere die Wasserversorgung sollen ebenso ausgenommen werden, wie der Agrar- und
288 Lebensmittelsektor sowie der Bereich audiovisuelle Medien und Kultur.

289 Das Verhandlungsmandat der EU-Kommission beachtet diese Bedenken nicht. Wir GRÜNE
290 haben deshalb im Europaparlament gegen die Parlamentsresolution zum Verhandlungsmandat
291 gestimmt. Wir mobilisieren gegen die jetzige Agenda von TTIP, die unsere Prinzipien missachtet.
292 Wir fordern die Aussetzung der Verhandlungen und einen kompletten Neustart, auf Basis eines
293 transparenten Verfahrens und eines neuen Verhandlungsmandates. Wir GÜNE werden keinem
294 Abkommen zustimmen das europäische Standards und Gesetze untergräbt.

295 Zu oft begehen international tätige Unternehmen Menschenrechtsverletzungen und halten sich
296 nicht an Arbeits- und Sozialstandards. Sie haben in vielen Ländern einen größeren Einfluss auf
297 die Menschenrechtssituation als staatliche Außen- oder Entwicklungspolitik. Menschenrechtsverlet-
298 zungen, die von Unternehmen begangen werden – etwa durch ausbeuterische Arbeitsverhält-
299 nisse, massive Umweltzerstörungen oder Zusammenarbeit mit menschenrechtsverletzenden Re-
300 gimen – haben oft keine rechtlichen Konsequenzen. Die EU-Kommission setzt allein auf freiwilli-
301 ge Selbst- oder Scheinverpflichtungen; das reicht nicht. So werden auch die Wettbewerbsbedin-
302 gungen zum Nachteil fairer Unternehmen verzerrt. Notwendig sind daher verbindliche Stan-
303 dards, neue Haftungsregelungen und bessere Klagemöglichkeiten in der EU, auch für Opfer
304 schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen verursacht wurden.
305 Hierfür wollen wir das europäische Zivil(verfahrens)recht überarbeiten, um Entschädigung für
306 Menschenrechtsverletzungen einklagbar zu machen. Wir wollen Unternehmen gesetzlich ver-
307 pflichten, Transparenz über ihre Lieferketten zu schaffen, und unterstützen die jüngsten Bemü-
308 hungen auf EU-Ebene, insbesondere des Europäischen Parlaments, die sozialen, ökologischen
309 sowie ihre ArbeitnehmerInnen betreffenden Offenlegungspflichten für international tätige
310 Großunternehmen zu verschärfen. Zudem wollen wir den Zugang von Fair-Trade-Produkten
311 zum EU-Markt fördern und einer fairen und ökologischen Beschaffung den Vorrang geben.

312 Die bisherige EU-Rohstoffstrategie setzt vor allem auf billigen Rohstoffimport. Rohstoffabbau
313 geht oft mit Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung einher. Wir treten
314 ein für faire Rohstoffpartnerschaften und für eine deutliche Einsparung des Rohstoffverbrauchs,
315 sowie eine effiziente und nachhaltige Nutzung bei uns in Europa. Darüber hinaus setzen wir uns
316 für verbindliche soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei Abbau, Weiterverar-
317 beitung und Handel von Rohstoffen ein und fordern transparente Verfahren, die auch gegen
318 Korruption und Steuerflucht wirken. Die in der EU maßgeblich von uns GRÜNEN auf den Weg
319 gebrachten Offenlegungspflichten für Unternehmen im Rohstoffbereich müssen auf alle Ge-
320 schäftsbereiche ausgedehnt und um Kriterien für den Nachweis von Konfliktmineralien ergänzt
321 werden. Wir wollen die EU zur Vorreiterin für nachhaltiges Ressourcenmanagement auf interna-

322 tionaler Ebene machen. Statt Entwicklungsländer als billige Rohstofflieferanten zu betrachten,
323 gilt es deren schonende Nutzung ihres Rohstoffreichtums zu unterstützen.

324 D.2. EINE UNION FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

325 **D.2.1 EU-Erweiterungspolitik fortentwickeln**

326 Der zehnte Jahrestag der Ost-Erweiterung ist ein Grund zu feiern und erinnert an eine Erfolgs-
327 geschichte des europäischen Friedensprojekts. Doch die Erweiterung ist nicht abgeschlossen.
328 Wir GRÜNE stehen zur Erweiterungsagenda, die die Zukunft des Westbalkans eindeutig in der
329 EU verortet. Mit den Staaten Montenegro, Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo und Bosni-
330 en-Herzegowina steht die EU gemeinsam vor der Herausforderung, auf dem Balkan Frieden,
331 Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Dafür ist der Fortgang des Erweite-
332 rungsprozesses entscheidend. Gleichzeitig hat die EU aus den vergangenen Erweiterungen ge-
333 lernt, in denen Länder zu schnell aufgenommen wurden. Die noch immer bestehenden Proble-
334 me in Rumänien und Bulgarien dienen hierfür als warnendes Beispiel.

335 Das Beispiel Kroatien zeigt: Nie zuvor lag die Messlatte für den Beitritt zur EU so hoch. Es ist
336 richtig, dass die EU Fortschritte bei wirtschaftlichen Reformen, der Einhaltung rechtsstaatlicher
337 Prinzipien und dem Schutz der Menschenrechte sowie alle weiteren Kopenhagener Kriterien vor
338 Beitritt genau prüft. Alle Länder des westlichen Balkans sollen die Möglichkeit haben Mitglieder
339 zu werden; dies muss aber nicht gleichzeitig geschehen. Ein Schwerpunkt auf dem Balkan sollte
340 die regionale Kooperation und Aussöhnung sowie die Lösung aller offenen Grenzfragen sein.
341 Die EU muss besonders Bosnien und Herzegowina sowie dem Kosovo, die noch einen längeren
342 Weg bis zum Beitritt vor sich haben, zugewandt sein und diese Staaten gezielt unterstützen.
343 Dies gilt auch für den Beitritt der Türkei. Wir GRÜNE sprechen uns für faire und transparente
344 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel eines Beitritts aus. Derzeit erfüllt die Türkei
345 die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht, wie die unangemessene Polizeigewalt gegen die
346 DemonstrantInnen im Istanbuler Gezi-Park und anderen Teilen des Landes, die Einschränkungen
347 der Meinungs- und Pressefreiheit und auch der Umgang der Regierung mit dem Korruptionss-
348 kandal deutlich machen.

349 Doch eine glaubwürdige Beitrittsperspektive kann Dynamik in die demokratischen und rechts-
350 staatlichen Veränderungen bringen und die Reformkräfte im Land stärken. Rechte, die türki-
351 schen Staatsangehörigen nach dem Assoziationsabkommen zustehen, wie Visa-Freiheit und
352 Aufenthaltsrecht in der EU, wollen wir endlich umsetzen. Analog soll auch die Ukraine, wo hun-
353 derttausende Menschen für die Europäisierung des Landes und die Annäherung an Europa auf
354 die Straße gingen, eine klare Beitrittsperspektive erhalten.

355 Die EU muss auch anderen potentiellen Beitrittskandidaten auf Grundlage überprüfbarer Fort-
356 schritte enge, über die bisherigen Assoziierungsabkommen hinausgehende Kooperation anbie-
357 ten.

358 **D.2.2 Die Europäische Union als gute Nachbarin**

359 Für eine gute Nachbarschaftspolitik brauchen wir einen anderen Kurs. Oftmals wurden wirt-
360 schaftliche Interessen und vermeintliche Stabilität vor die Förderung von Demokratie und Men-
361 schenrechten gestellt. Das war insbesondere bei dem Konzept der Mittelmeerunion der Fall. Die
362 EU braucht einen grundsätzlichen Neuansatz für den gesamten Mittelmeerraum. Die EU sollte
363 Anreize für demokratische Reformen setzen, die einen Mehrwert bieten, und nicht bevormun-
364 den. Daher setzen wir uns für großzügige finanzielle Hilfen, Erleichterungen bei der Visaver-
365 gabe, Marktzugang und Arbeitsmigration ein. Dazu gehört auch, Kulturaustausch zu fördern und
366 jungen Menschen umfassende Möglichkeiten zu Ausbildung und Studium in der EU zu bieten.
367 Diese Angebote brauchen klare Kriterien und Mechanismen der Überprüfung, damit nicht er-
368 neut autoritäre Regierungen gestützt werden. Wir unterstützen demokratische Reformbemü-

369 hungen in Nordafrika und der arabischen Welt. Das Beispiel Ägypten, wo sich nach einem hoff-
370 nungsvollen Start wieder eine Militärherrschaft zu verfestigen droht, zeigt aber auch, dass De-
371 mokratisierung ein langer und mit Rückschlägen verbundener Prozess sein kann.

372 Die Östliche Partnerschaft mit den Ländern Moldawien, Ukraine, Belarus, Georgien, Armenien
373 und Aserbaidshan ist einer der Schwerpunkte europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik.
374 Die Europäische Union sollte diese Länder und Russland in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit
375 und Menschenrechte, grenzüberschreitende Kooperation, wirtschaftliche Modernisierung, ge-
376 meinsame europäische Sicherheit und Reisefreiheit unterstützen. Daher fordern wir die Aufhe-
377 bung der Visumpflicht für die Länder der Östlichen Partnerschaft und Russland. Wir wollen die
378 vielfältigen Beziehungen zwischen der EU und Russland für die Unterstützung von Modernisie-
379 rung und Demokratisierung nutzen. Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik möchten wir in
380 ganz Osteuropa erreichen, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt
381 werden und die ehemaligen Sowjetrepubliken eigenständig und selbstbestimmt ihre Zukunft ge-
382 gestalten können. Im Rahmen eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft wollen wir zu einer un-
383 abhängigen Energieversorgung der osteuropäischen Staaten beitragen. Wir stellen uns gegen
384 autoritäre und menschenfeindliche Tendenzen, wie sie beispielsweise auch in Russland zuneh-
385 men. Dazu gehört, eine offene Zivilgesellschaft zu stärken und darauf zu drängen, dass diskrimi-
386 nierende Gesetzgebungen wie das 'Gesetz gegen Propaganda nicht traditioneller sexueller Be-
387 ziehungen' zurückgenommen werden.

388 Die EU soll eine aktive, unterstützende Rolle für eine Friedenslösung im Nahostkonflikt einneh-
389 men. Dabei sind die Rechte und die Sicherheit Israels und Palästinas gleichermaßen zu berück-
390 sichtigen. Die unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit
391 Israels und seiner BürgerInnen ist Eckpfeiler europäischer und deutscher Außenpolitik. Wir sind
392 für die demokratische Stärkung des palästinensischen Staates, die Anerkennung durch Europa
393 und die Aufnahme in die VN. Dauerhaften Frieden wird es erst durch eine Zwei-Staaten-Rege-
394 lung auf Grundlage der Grenzen von 1967 und ein Ende der Besatzung geben. Vor diesem Hin-
395 tergrund unterstützen wir die fortlaufenden Friedensverhandlungen; die EU sollte zu deren er-
396 folgreichen Abschluss beitragen, indem sie auf die Interessenlagen beider Seiten einwirkt.

397 Europa sollte sich mit mehr Engagement um gute und verlässliche Beziehungen zu den Staaten
398 Afrikas bemühen. Die Staaten beider Kontinente haben 2007 mit der EU-Afrika-Strategie den
399 Aufbau einer Partnerschaft vereinbart. Von Partnerschaft reden reicht nicht. Europa sollte sich
400 stärker bemühen, positive Entwicklungen auf seinem südlichen Nachbarkontinent zu unterstüt-
401 zen und sicherheitspolitischen Risiken entgegenzuwirken. China, Indien und Brasilien sind zu
402 neuen Schwergewichten in der multipolaren Welt geworden. Die EU betrachtet sie neben den
403 USA, Russland und anderen als "strategische Partner". Ausdruck dieser Partnerschaft sollte ein
404 ebenso kooperativer wie kritischer Umgang sein, der es erlaubt, gemeinsame Ziele zu erreichen
405 und gleichzeitig Differenzen z.B. in Sachen Menschenrechten in einem offenen Dialog auf Au-
406 genhöhe auszutragen.

407 **D.2.3 Flüchtlinge schützen – Menschenrechte verteidigen**

408 Zu den größten europäischen Fehlentwicklungen gehört die Grenzpolitik der EU. Durch die bis-
409 herige Politik sterben jedes Jahr Tausende Flüchtlinge. Das Menschenrecht auf Asyl fällt ver-
410 meintlichen Sicherheitsinteressen und populistischer Stimmungsmache zum Opfer. Die Militari-
411 sierung der Grenzen wird durch Programme wie das europäische Grenzüberwachungssystem
412 EUROSUR vorangetrieben.

413 Wir wollen einen Neuanfang in der europäischen Grenzpolitik. Anstelle von mehr Überwachung
414 und Abschottung wollen wir ein faires Asylsystem schaffen und legale Zuwanderung ermögli-
415 chen. Statt der einseitig auf Flüchtlingsabwehr ausgerichteten EU-Politik und der darauf speziali-
416 sierten EU-Grenzschutzagentur FRONTEX wollen wir eine neue europäische Gesamtstrategie für

417 eine liberale und menschenrechtsbasierte Grenzpolitik. Der Grenzverkehr an den europäischen
418 Außengrenzen muss fair, sicher und menschenrechtskonform geregelt werden. Wir sind bestürzt
419 über einen Bericht von ProAsyl, nachdem Schutzbedürftige an der griechischen Grenze mit Ge-
420 walt zurückgeschickt wurden. Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, in der EU Asyl zu be-
421 antragen. Es ist höchste Zeit, die Forderung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen
422 umzusetzen und syrische Flüchtlinge nicht mehr an den EU-Grenzen abzuweisen. Die Mitglied-
423 staaten müssen außerdem deutlich mehr Flüchtlinge über das Resettlement-Programm des UN-
424 Flüchtlingshilfswerks aufnehmen. Wir brauchen eine starke europäische Kooperation bei der
425 Rettung von Schiffbrüchigen. Die Mitgliedstaaten müssen ihrer internationalen Pflicht zur See-
426 notrettung endlich lückenlos nachkommen. Auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben das
427 Recht auf Schutz vor Zurückweisung und ein faires Asylverfahren an Land. Das muss überall
428 ohne Abstriche gelten. Wir sind dagegen, dass Flüchtlingsboote abgedrängt und zur Umkehr
429 gezwungen werden.

430 Auch die zunehmende Zusammenarbeit von EU-Staaten und von Frontex mit Drittstaaten beim
431 europäischen Grenzschutz darf den Flüchtlingsschutz nicht unterlaufen. Wenn die EU ihre Au-
432 ßengrenze in die Nachbarländer verlagert und Flüchtlingsboote von Drittstaaten schon beim
433 Ablegen abfangen lässt, betreibt sie eine menschenverachtende Abschottungspolitik, die darauf
434 ausgerichtet ist, Flüchtlingen um jeden Preis den Zugang zum europäischen Schutzraum zu ver-
435 wehren. Genauso falsch ist es, wenn die EU Abkommen zur Rückübernahme von Flüchtlingen
436 mit Ländern schließt, die kein funktionierendes Asylsystem haben und in denen Flüchtlinge oft
437 nur unter unhaltbaren Zuständen geduldet werden. Wir setzen uns für ein sofortiges Ende sol-
438 cher menschenrechtswidrigen Praktiken ein.

439 Stattdessen müssen wir legale Zugangsmöglichkeiten für Asylsuchende öffnen, zum Beispiel
440 durch ein humanitäres Visum, das eine sichere Einreise in die EU erlaubt, um hier einen Asylan-
441 trag zu stellen. Es ist eine Schande, dass Menschen erst die gefährliche Überfahrt über das Mit-
442 telmeer wagen müssen, bevor sie Schutz suchen können.

443 Gegenüber anderen Ländern erwarten wir von der EU einen konsequenten Einsatz gegen To-
444 desstrafe und Folter. Wir setzen uns ein für Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität, ihres
445 Geschlechts, ihrer Religion, Ethnie oder politischen Ansichten diskriminiert und verfolgt werden.
446 Die EU muss den Druck auf Staaten erhöhen, die den Einsatz von KindersoldatInnen, Sklaverei
447 und Gewalt gegen Frauen sowie LSBTTI nicht ächten. Wir fordern die Kommission auf, beson-
448 ders auf die Anerkennung der Verfolgung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität zu
449 drängen.

450 Wir wollen die Bekämpfung des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung und zur Arbeits-
451 ausbeutung gleichermaßen vorantreiben. Dies kann gelingen, wenn auch auf internationaler
452 Ebene in den Bereichen Strafverfolgung und Opferschutz eng zusammengearbeitet wird. Hilfs-
453 strukturen müssen europaweit vernetzt und auf die Unterschiedlichkeit der Opfergruppen, die
454 Identität der Opfer und die Art der Delikte zugeschnitten werden. Wir unterstützen die EU-
455 Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer;
456 sie muss endlich in allen Ländern umgesetzt werden. Neben präventiven Schutzmaßnahmen ist
457 auch ein uneingeschränkter Zugang der Opfer zu Unterstützung und Betreuung sicherzustellen;
458 dazu gehören eine sichere Unterkunft, materielle Unterstützung, medizinische Versorgung, psy-
459 chosoziale Betreuung und eine Aufenthaltserlaubnis insbesondere, aber nicht nur während lau-
460 fender Gerichtsverfahren. Ein dauerhaftes Bleiberecht würde die Aussagebereitschaft der Opfer
461 erhöhen und die Strafverfolgung der TäterInnen erleichtern. Menschenhandelsopfer, die als
462 Zeuginnen auftreten, brauchen ein umfassendes ZeugInnenschutzprogramm. Unterstützung
463 und Schutz der Opfer dürfen aber nicht von einer Aussagebereitschaft abhängig gemacht wer-
464 den. Opfer von Menschenhandel dürfen auch nicht dafür missbraucht werden, Migration zu

465 begrenzen oder selbst gewählte Sexarbeit zu unterbinden. Im Gegensatz zu dieser ist Men-
466 schenhandel zur sexuellen Ausbeutung eine eklatante Menschenrechtsverletzung und eine ex-
467 trem schwere Straftat. Wir werden uns für einen europäischen Fachaustausch zu Zwangsprosti-
468 tution und Menschenhandel einsetzen, der die Entwicklung gemeinsamer Strategien voran-
469 bringt.

470 Wir haben uns erfolgreich für eine EU-Menschenrechtsstrategie und eineN Menschenrechtsbe-
471 auftragteN stark gemacht. Den Menschenrechtsschutz wollen wir auch durch eine verstärkte
472 Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für
473 Menschenrechte voranbringen.

474 **D.2.4 Vereinte Nationen stärken**

475 Die EU soll ihren Einfluss in den Dienst der VN stellen. Kein Akteur besitzt mehr Legitimation als
476 die VN, doch sie sind immer nur so stark, wie ihre 193 Mitgliedstaaten sie machen. Die VN
477 müssen reformiert werden. Deutschland kann dabei vorgehen und, statt auf einem deutschen
478 Sitz im Sicherheitsrat zu beharren, unter Einbeziehung Frankreichs und Großbritanniens auf eine
479 permanente EU-Vertretung und langfristig auf einen gemeinsamen permanenten EU-Sitz drän-
480 gen.

481 Wir schlagen dafür vor, unter Einbeziehung Frankreichs und Großbritanniens eine permanente
482 europäische Vertretung aufzubauen. Zugleich kann so ein Zeichen für eine umfassende Sicher-
483 heitsratsreform gesetzt werden. Diese sollte durch mehr Beteiligung von Ländern aus dem glo-
484 balen Süden zu einer ausgewogeneren Zusammensetzung führen. Die Vetomöglichkeit im Si-
485 cherheitsrat wollen wir langfristig abschaffen und kurzfristig mit einem Begründungszwang be-
486 legen. Die Generalversammlung wollen wir aufwerten.

487 Die Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention in den VN, in der EU und in der OSZE wollen wir
488 stärken. Die EU hat hier ein besonderes Potential, das wir verwirklichen wollen. Daher setzen
489 wir uns für ein Europäisches Friedensinstitut ein.

490 Die EU sollte sich engagiert an der Vorbeugung humanitärer Krisen und der Friedensförderung
491 beteiligen. Von besonderer Bedeutung ist dabei das internationale Konzept der Schutzverant-
492 wortung, der „Responsibility to Protect“. Sie hat als wichtige Säulen die Krisenvorbeugung, die
493 zivile Unterstützung bei Krisen, die Reaktion und die nachsorgende Verantwortung für die Frie-
494 denskonsolidierung. Es geht dabei auch darum konfliktfördernde Maßnahmen zu unterlassen,
495 wie zum Beispiel Waffenexporte in Konfliktregionen. Von besonderer Wichtigkeit für eine wirk-
496 same Umsetzung der Schutzverantwortung ist es, die Beteiligung von Frauen zu stärken. Gene-
497 rell muss das Handeln der EU die Stärkung von Frauenrechten und die aktive Verhinderung von
498 Gewalt an Frauen zum Ziel haben. Wir wollen, dass die EU aktiv zur Umsetzung der VN-Sicher-
499 heitsratsresolutionen 1325 und 1820 beiträgt, die unter anderem die Rechte von Frauen in Kon-
500 flikten und ihre Beteiligung bei der Konfliktbewältigung stärken sowie Vergewaltigungen als
501 Kriegsverbrechen anerkennen.

502 Sanktionen können ein zielführendes Instrument sein, um gegen Verletzungen des Völkerrechts
503 vorzugehen und massive Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Mit der Einrichtung eines
504 VN-Sanktionshilfefonds wollen wir die Wirksamkeit solcher Sanktionen erhöhen. Der Fonds soll
505 die negativen Auswirkungen auf Drittstaaten minimieren und die Folgen von Sanktionen huma-
506 nitär verträglich machen. Die Ausgestaltung von VN-Sanktionen muss sich zudem streng an
507 menschenrechtlichen Standards orientieren. Wir fordern, dass die EU darauf noch entschiedener
508 drängt und keine weiteren Namen für die Antiterrorlisten der VN weiterleitet, solange sie diesen
509 Standards nicht genügen. Der Einsatz militärischer Gewalt ist immer ein großes Übel. Es kann
510 aber Situationen geben, in denen Militär Frieden absichern kann oder ein militärisches Eingreifen
511 notwendig ist, um schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu verhindern

512 oder zu stoppen, um so der internationalen Schutzverantwortung gerecht zu werden. Jedes ge-
513 waltsame militärische Eingreifen muss an ein Mandat der VN gebunden sein. Es kann nur eine
514 *ultima ratio* sein, wenn alle anderen Mittel allein keine Aussicht auf Erfolg haben, und es muss
515 in einen aussichtsreichen politischen Gesamtansatz eingebunden sein. Die Risiken müssen ver-
516 antwortbar sein, und das Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ausnahmslos an das Grund-
517 gesetz und die Menschenrechte gebunden.

518 **D.2.5 Rüstungsexporte begrenzen**

519 Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten verkaufen nach US-amerikanischen Firmen die zweit-
520 meisten Rüstungsgüter. Deutschland hat daran den größten Anteil. Viele dieser Waffen gehen
521 in Krisengebiete, an autoritäre Regierungen insbesondere die Golfmonarchien, und werden zur
522 Unterdrückung von Oppositionellen eingesetzt. Vor allem Kleinwaffen landen häufig in den
523 Händen von Warlords, Terrorgruppen oder der Mafia. Die EU muss Einfluss dahingehend aus-
524 üben, Waffenexporte global deutlich zu reduzieren. Die Rüstungsexportpolitik darf nicht an
525 partikularen politischen und wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet werden. Waffenlieferun-
526 gen in Krisengebiete und an Regime, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, müs-
527 sen beendet werden..

528 Durch den Rückgang von militärischer Beschaffung und stagnierende Ausgaben für Verteidi-
529 gungshaushalte befinden sich große Teile der europäischen Rüstungsindustrie in einer Krise und
530 drängen verstärkt auf Export. Letzteres ist für uns nicht akzeptabel. Wir wollen die ökonomi-
531 schen Probleme durch Konversion zu ziviler Produktion und nicht durch Export lösen. Es ist not-
532 wendig die europäischen Rüstungsindustrien zu verkleinern – insbesondere durch bessere Ko-
533 operation zwischen den Mitgliedstaaten. Leider hat sich eine Mehrheit im Europäischen Parla-
534 ment gegen unsere Vorschläge zur stärkeren Kontrolle von Rüstungsexporten gewandt. Wir
535 werden hierfür in der nächsten Legislaturperiode einen neuen Anlauf unternehmen.

536 Europäische Rüstungsexporte müssen für die Öffentlichkeit und das Europäische Parlament
537 transparent und überprüfbar gemacht werden. Nur so lässt sich feststellen, ob die Mitgliedstaa-
538 ten sich an die Bestimmungen der EU und des globalen Arms Trade Treaty halten. Bisher haben
539 Konservative und Liberale restriktive Regeln für Güter mit doppeltem Verwendungszweck im
540 Europäischen Parlament verhindert. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Überwa-
541 chungstechnologie nicht mehr an undemokratische Staaten exportiert wird.

542 **D.2.6 Abrüstungspolitik und Sicherheitskooperation voranbringen**

543 Unser Ziel ist eine Welt mit immer weniger Waffen. Dagegen entstehen durch Aufrüstung, die
544 Entwicklung neuer Waffentechnologien und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
545 neue Gefahren, sie machen die Welt nicht sicherer.

546 Die diversen Giftgaseinsätze in Syrien zeigen, dass existierende Massenvernichtungswaffen auch
547 eingesetzt werden. Wir begrüßen, dass Syrien jetzt der Chemiewaffenkonvention beigetreten ist
548 und die Bestände vernichtet werden.

549 Aber auch bei den anderen, noch gefährlicheren Massenvernichtungswaffen, den Atomwaffen,
550 müssen Abrüstungstaten her. Wir setzen uns ein für ein atomwaffenfreies Europa. Dafür müssen
551 auch die europäischen Atomkräfte Frankreich und Großbritannien ihren Beitrag leisten und
552 ihre Atomwaffenarsenale abrüsten. Auch die EU als Zivilmacht und Friedensnobelpreisträgerin
553 darf nicht selbst zur Atomkraft werden. Wir wollen nicht bis zur Überprüfungskonferenz des
554 Atomwaffensperrvertrags 2015 die Hände in den Schoß legen. Einzelne EU-Staaten können
555 vorangehen: Mit einer Strategie kalkulierter einseitiger Vorleistungsschritte können einzelne EU-
556 Staaten Impulse für ein atomwaffenfreies Europa und für Fortschritte bei der Überprüfungs-
557 konferenz geben. Auch gilt es sogenannte "inhumane Waffen" wie weißen Phosphor und Uranmu-
558 nition endlich zu ächten. Im Europäischen Parlament haben wir hierfür eine Mehrheit finden

559 können, doch die Mitgliedstaaten verweigern sich. Wir werden uns weiterhin für die Umsetzung
560 der Parlamentsresolution starkmachen, die auf dem Weg zur Ächtung ein Moratorium der EU-
561 und NATO-Mitglieder für Uranmunition sowie die Unterstützung von Opfern und Dekontami-
562 nationsmaßnahmen fordert.

563 Wir unterstützen die von den Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrags anvisierte Konfe-
564 renz zu einem Nahen Osten frei von Massenvernichtungswaffen. Die EU soll in den Verhand-
565 lungen mit dem Iran weiter eine aktive und konstruktive Rolle einnehmen und so zu einer fried-
566 lichen Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm beitragen.

567 Auch im Bereich der konventionellen Abrüstung stagnieren die Prozesse. Es ist überfällig den
568 KSE-Vertrag wiederzubeleben, der Russland und die NATO-Staaten zu Einschnitten in der kon-
569 ventionellen Rüstung zwingen würde.

570 Verantwortlich für die Entwicklung und Herstellung von Waffen sind nicht nur die Rüstungsun-
571 ternehmen selbst. Auch Rentenfonds und Versicherungsprodukte spielen eine einflussreiche Rol-
572 le im Rüstungsmarkt. Durch Banken und Versicherungen bekommen Rüstungshersteller finansi-
573 elle Mittel, um international geächtete Waffen wie Streumunition oder Landminen herzustellen.
574 Deswegen ist auf europäischer Ebene eine Gesetzgebung notwendig, die den Unternehmen
575 diese Mittel entzieht.

576 Wir erleben zurzeit einen Rüstungswettlauf im Bereich von Drohnen, deren Einsatz oft mit völ-
577 kerrechtlichen Verstößen einhergeht. Wir verstehen den Einsatz von Drohnen für gezielte Tö-
578 tungen außerhalb bewaffneter Konflikte als eine illegale außergerichtliche Tötung. Wir wollen
579 sicherstellen, dass die EU-Mitgliedstaaten gemäß ihren rechtlichen Verpflichtungen keine Infor-
580 mationen weitergeben, die dazu genutzt werden können, unrechtmäßige gezielte Tötungen
581 durchzuführen. Im Europäischen Parlament werden wir uns für ein internationales Verbot von
582 vollständig autonomen Waffen einsetzen.

583 Auch Cyber-Sicherheit und Weltraumpolitik spielen auf europäischer Ebene eine immer größere
584 Rolle. Grüne Politik will durch völkerrechtliche Verträge die zunehmende Militarisierung des
585 Weltraums und des Internets zunächst begrenzen und langfristig abbauen. Wir wenden uns ge-
586 gen Pläne, Mittel aus dem EU-Forschungshaushalt für militärische Forschung auszugeben. Wie
587 die Rüstungsproduktion beginnt auch die Rüstungsbegrenzung bei der Forschung.

588 Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur
589 integriert werden kann. Mitentscheidend für die Zukunft der NATO wird sein, dass sich die eu-
590 ropäischen NATO-Partner und die USA darin auf Augenhöhe begegnen. Grüne Friedenspolitik
591 zielt auch auf eine Stärkung der OSZE, denn eine Politik für Frieden in Europa darf sich nicht al-
592 lein auf die EU beschränken. Die OSZE ist die einzige multilaterale Sicherheitsorganisation, die
593 den gesamten euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt.

594 Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Lausch- und Spähangriffs auf euro-
595 päische Institutionen bedarf es in der EU einer ernsthaften Debatte über die Gestaltung des
596 transatlantischen Verhältnisses. Bestehende Kooperationsmechanismen wollen wir überprüfen
597 und erneuern, zum Beispiel indem wir bestehende Datenaustauschabkommen wie PNR und
598 SWIFT aussetzen und gemäß strengsten Datenschutzstandards neu verhandeln.

599 **D.2.7 Europäische Friedenspolitik stärken**

600 Heute ist die Außen- und Sicherheitspolitik der EU durch ein chaotisches Nebeneinander von
601 nationalem und zeitlich verspätetem europäischem Agieren dominiert. Wir wollen, dass die Au-
602 ßenpolitik der EU stärker in der Welt gemeinsam agiert, auch weil viele unserer Ziele ohne das
603 Instrument einer echten EU-Außenpolitik nur schwer oder gar nicht zu erreichen sind. Eine neu

604 zu formulierende gemeinsame außenpolitische Strategie sollte die bestehende Europäische Si-
605 cherheitsstrategie ablösen und auf den Prinzipien der Multilateralität, der Internationalität, der
606 parlamentarischen Kontrolle und des Primats des Zivilen basieren. Damit sich die Außen- und Si-
607 cherheitspolitik der EU nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert, setzen wir uns
608 auch in diesem Bereich für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein.

609 Die EU kann ihre Rolle in der Welt als eine Zivilmacht ausfüllen, die sich besonders für die Stär-
610 kung der Vereinten Nationen engagiert. Wir begrüßen, dass die EU zunehmend Aufgaben über-
611 nimmt und vorrangig zivile VN-Friedensmissionen unterstützt. Für uns haben direkt geführte
612 VN-Missionen Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Einsätzen unter VN-Mandat. Daher sollte
613 die EU ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten direkt im Rahmen der Friedenssicherung der VN ein-
614 bringen. Wir halten am langfristigen Ziel fest, den VN eigene ständige Truppen zu unterstellen,
615 anstatt nationale Militärkontingente abzuordnen. Die konstitutive Parlamentsbeteiligung bei
616 Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat sich bewährt und darf nicht geschwächt werden. Auf
617 europäischer Ebene setzen wir uns zudem für eine Parlamentsbeteiligung des Europaparlaments
618 für militärische Einsätze der EU ein.

619 Wir wollen, dass nationale Streitkräfte in der EU weitgehend aufeinander abgestimmt werden.
620 Denn eine möglichst weitgehende Spezialisierung der nationalen Streitkräfte und gemeinsame
621 Beschaffung und Nutzung schaffen Synergien und können gesamteuropäisch militärische Aus-
622 gaben senken. Wir wollen außerdem die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
623 weiterentwickeln und die Streitkräfte in Europa integrieren und reduzieren.